Anfeindungen, Verschwörungsmythen und rechtsoffene Versammlungen im Kontext der Corona-Pandemie

Die beispiellosen gesellschaftlichen Herausforderungen durch die aktuelle Covid 19-Pandemie haben seit Februar 2020 zu drastischen staatlichen Maßnahmen und einer fast monothematischen medialen Berichterstattung geführt. Der Diskurs zum angemessenen Umgang mit der Pandemie, die Herkunft des Virus und die Einschätzung seiner tatsächlichen Gefährlichkeit sowie die Folgen sowohl des „Shutdowns“ als auch der „Lockerungen“ spitzt sich aktuell zu. In immer mehr Orten wird nun gegen die Maßnahmen demonstriert, die Diskussionen in den sozialen Medien sind emotional und oft geprägt von Halbwahrheiten oder Falschmeldungen. Seit Beginn der öffentlichen Wahrnehmung von Covid 19 kommt es zudem zu Angriffen und Bedrohungen, zunächst vor allem gegen asiatisch gelesenen Menschen.

Auf der Basis der Beratungsarbeit, der Zusammenarbeit mit Kooperationspartner*innen vor Ort und der Recherchetätigkeit von über 50 im Bundesverband Mobile Beratung e.V. (BMB) organisierten Mobilen Beratungsteams in allen Bundesländern werden mit diesem Papier erste Thesen formuliert, die eine Einschätzung der aktuellen Situation hinsichtlich extrem rechter, rassistischer und antisemitischer Akteur*innen, Strategien und Ideologiefragmenten sowie daraus sich ergebenden gesellschaftlichen Herausforderungen ermöglichen. Sie basieren auf Rückmeldungen der Beratungsteams in einer bundesweiten Abfrage bis zum 18.5.2020.

Die Mobilen Beratungsteams in den Bundesländern arbeiten gerade unter erschwerten Bedingungen. Sie bieten aber nach wie vor und gerade jetzt Beratung und Qualifizierung an, die aktuell immer häufiger von Menschen genutzt wird, deren Angehörige oder Bezugspersonen in verschwörungsideologische Kreise abgleiten und durch sie kaum noch erreicht werden können. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Vermittlung von Hintergrundwissen zu Akteur*innen und Themen der jeweils regional mit Corona-Bezug agierenden Vernetzungsstrukturen, der angemeldeten Kundgebungen und Kampagnen in Sozialen Medien.

Zentrale Thesen zur Einschätzung der aktuellen Proteste und Angriffe

1. Die aktuellen Proteste im Netz und auf der Straße werden durch unterschiedliche Milieus geprägt, sind aber entweder nicht nach rechts abgegrenzt oder durch extrem rechte Akteur*innen getragen, die das Potential für gewalttägige Ausbrüche erhöhen.
2. Die AfD hat bisher keine konsistente Position zur Frage des Umgangs mit der Pandemie entwickeln können, versucht aber zunehmend mit Kritik am Regierungshandeln von den Protesten zu profitieren und ihre Kernthemen zu platzieren.
3. Neonazistische Akteur*innen versuchen am Protest teilzunehmen, wirken aber vor allem in die eigene Gefolgschaft und bieten sich als „Kümmerer“ an.

4. Ein Bindeglied zwischen den verschiedenen Spektren des Protests mit breiter Anknüpfungsfähigkeit bilden antisemitische Bilder und Verschwörungsmythen.
5. Die in den Protesten auf der Straße und in Sozialen Medien geäußerten Behauptungen und Forderungen sind anknüpfungsfähig und reichen weit über (extrem) rechte Milieus hinaus – dabei werden zentrale extrem rechte und antidemokratische Topoi zunehmend reproduziert, bleiben unwidersprochen und werden übernommen.
6. Soziale Medien, rechte „Alternativmedien“ und öffentliche Personen spielen für die Verbreitung der Narrationen und die Organisation der Straßenproteste eine große Rolle.
7. Der in den Protesten vertretene Demokratiebegriff ist tendenziell ausgrenzend, auf den Nationalstaat bezogen und richtet sich gegen die Gewaltenteilung.
8. In den Protesten und dem sie grundierenden Diskurs werden Gruppen konstruiert und als Virusträger stigmatisiert. Die so geschürte, rassistische und antisemitische konnotierte Stimmung bedroht schon jetzt Menschen und kann den Boden bereiten für weitere Übergriffe und Gewalttaten.
9. Der Mangel an Möglichkeiten zu demokratischer Partizipation und Protest sowie die Schwäche der demokratischen Zivilgesellschaft im Netz stärken extrem rechte Hegemoniebestrebungen.

Empfehlungen des Bundesverbands Mobile Beratung an Verantwortungstragende in der Politik

Es ist legitim und richtig, staatliches Handeln kritisch zu hinterfragen und gerade hinsichtlich der Grundrechtseinschränkungen immer wieder die Verhältnismäßigkeit in den Blick zu nehmen. Diese Anliegen sollten auch weiterhin ernst genommen und diskutiert werden, politische Entscheidungen transparent gemacht und nachvollziehbar erklärt werden.

Die aktuellen Proteste weisen allerdings darüber hinaus, weil sie in großen Teilen nicht abgegrenzt sind gegenüber extrem rechten Akteur*innen, vor allem aber zentrale extrem rechte Topoi und strukturell antisemitische Verschwörungsmythen übernehmen und weiter verbreiten – auch dort, wo Rechtsextreme nur am Rande oder gar nicht Teil der lokalen Diskurse und Proteste sind. Diese bauen vielerorts auf Vernetzungen, aber auch emotionalen Rahmungen auf, die in den letzten Jahren gerade im Rahmen der Proteste zur sogenannten „Flüchtlingskrise“ immer wieder angespielt und verfestigt wurden. Zudem steigt die Gefahr von Angriffen auf als Virusträger stigmatisierte Gruppen oder mutmaßlich Verantwortliche. Schlussendlich droht eine Hegemonie rechter Narrationen im Diskurs aufgrund fehlender Möglichkeiten zu politischer Partizipation und Protestformaten jenseits der aktuellen Deutungsangebote und einer Schwäche der demokratischen Zivilgesellschaft gerade auch Online. Daher empfiehlt der BMB auf der Basis der aktuellen Einschätzung:

- Die aktuellen Proteste müssen ernst genommen werden, allerdings vor allem als Bedrohung für den demokratischen Diskurs und Betroffene rassistischer und antisemitischer Agitation und Angriffe.
- Es braucht Räume für Diskussion der aktuellen und zukünftigen Maßnahmen, der grundlegende Regeln demokratischer Debatte einhält: Schutz von Betroffenen, keine

Reproduktion extrem rechter Topoi und keine Weitergabe von Verschwörungsmythen.

- Es gilt, Fehler aus den Debatten der Jahre 2015 ff. nicht zu wiederholen und auf Dialogformate, die vor allem die lauten und wahrnehmbaren (extrem) rechten Meinungsführer*innen stärken, zu verzichten. Es sollten Ängste und Befürchtungen *aller* (also auch und gerade von Rassismus und staatlichen Einschränkungen besonders betroffener Menschen) wahr- und ernstgenommen werden. Aus Sicht der Mobilen Beratung sollten vielmehr Dialogformate – zumindest öffentlich zugängliche – die Diversität der Gesellschaft und damit die unterschiedlichen Positionen zur aktuellen Situation und das vielfältige Engagement der Menschen im Umgang mit der Pandemieeindämmung abbilden.
- Daraus erfolgt auch die Notwendigkeit einer klaren Benennung und Abgrenzung von Politik und Verwaltung gegenüber den aktuell bei den Protesten in den Vordergrund rückenden extrem rechten, verschwörungsideologischen, antisemitischen und rassistischen Standpunkten (auch wenn sie nicht von bekannten Akteur*innen der extremen Rechten geäußert werden), um diese nicht weiter aufzuwerten.
- Die Unterstützung und Beratung von Betroffenen, Engagierten und der demokratischen Zivilgesellschaft erfolgt aktuell unter erschwerten Bedingungen, viele demokratische Netzwerke und zivilgesellschaftliche Initiativen können aktuell kaum arbeiten, Treffen und Vernetzungsrunden auch auf fachlicher Ebene finden vielerorts nur eingeschränkt oder gar nicht statt. In dieser Situation braucht es klare Positionierungen von Politik und Verwaltung, um den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen den Rücken zu stärken, sowie damit verbundene Hintergrundinformationen und Einordnungen.
- Demokratieprojekte benötigen Planungssicherheit und Unterstützung durch die mittelgebenden Behörden, um unter massiv erschwerten Bedingungen weiter einen Gegenpol zu extrem rechten Hegemoniebestrebungen und um sich greifenden Verschwörungsmythen bilden zu können. Dazu gehört auch ein verantwortungsvoller, aber entgegenkommender Umgang mit bürokratischen Anforderungen und Fristen.
- Mittelfristig wird es notwendig sein, Formate unter Einbindung der Bildungs- und Beratungsarbeit im Themenfeld (weiter) zu entwickeln, mit denen die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Verschwörungsmythen im lokalen Raum und den Echokammern der Sozialen Netzwerke gestärkt werden kann. Aus Sicht der Mobilen Beratung ist ein wichtiger Baustein dabei ein sozialräumliches Vorgehen und Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten, Diskurse und Akteur*innen vor Ort, das nur in Zusammenarbeit mit Politik, Verwaltung, Sozialarbeit und Vernetzungsstrukturen erarbeitet werden kann. Dabei sollten keine schnellen Projektergebnisse erwartet, sondern ein langer Weg der diskursiven Auseinandersetzung gegangen werden.

Ausführliche Einschätzung und Hintergründe

1. Die aktuellen Proteste im Netz und auf der Straße werden durch unterschiedliche Milieus geprägt, sind aber entweder nicht nach rechts abgegrenzt oder durch extrem rechte Akteur*innen getragen, die das Potential für gewalttägige Ausbrüche erhöhen.

Es ist noch zu früh für abschließende Bewertungen der Proteste, Angriffe und ihrer Protagonist*innen. Aktuell versammelt sich unter der gemeinsamen Klammer des Protests gegen die Maßnahmen der Bundesregierung ein diffuses und breites Spektrum aus Corona-Leugner*innen, Impfgegner*innen, Verschwörungsideolog*innen, Reichsbürger*innen, bekannten Holocaustleugner*innen, Gelbwestenaktivist*innen, organisierten Neonazis, gewaltaffinen rechten Hooligans und Kampfsportler*innen, AfD-Politiker*innen und Mitgliedern der Identitären Bewegung – aber auch Menschen, die sich nicht zur rechten Szene zählen und lediglich ihre Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement und ihre Furcht um die Einschränkung der Grundrechte artikulieren wollen und wenig bis keine andere Möglichkeiten für den Ausdruck ihres Protests finden. Die Corona-Zeit ist darüber hinaus ein Eldorado für verschiedenste Verschwörungstheoretiker*innen und Reichsbürger*innen. Dieser sich demokratisch gerierende und auf die bürgerlichen Freiheitsrechte berufen-de „Widerstand“ ist in immer mehr Groß- und Mittelstädten Deutschlands präsent und erhielt in den ersten Aprilwochen des Jahres 2020 verstärkten Zulauf. In kleineren Städten ist der Protest oft diffus. Im Rahmen von „ignorance Meditations“ und Mahnwachen werden rechte und verschwörungsideologische Fragmente aber auch hier in die Mitte der Gesellschaft getragen und bekommen große Wirkmächtigkeit. Zwar handelt es sich natürlich nicht bei allen Teilnehmenden um Mitglieder extrem rechter Szenen. Die Proteste sind jedoch rechtsoffen, eine Abgrenzung sowohl personell als auch inhaltlich findet kaum statt oder wird als „Spaltung gerahmt.[1]

Beobachtungen des Mobilen Beratungsteams Hessen von den „Hygiene-Demos“ in Kassel:

Jeden Samstag wird unter dem Motto "nichtohneuns" zu einer Kundgebung an verschiedenen Orten aufgerufen. Die Anmelderin ist bisher nicht durch rechte Aktivitäten aufgefallen und kommt sogar eher aus einem „alternativen“ Spektrum. Die Zahl der Teilnehmer*innen steigt von Woche zu Woche (ca.40 beim ersten Mal, dann 80, dann 80-100, dann 150-200)

Das Spektrum der Teilnehmenden ist sehr heterogen. Am wahrnehmbarsten sind Impfgegner*innen und Verschwörungsmythenanhänger*innen. Der Großteil der Transparente/Schilder befasst sich allerdings mit den Grundrechten.

Bei der zweiten Kundgebung hat ein lokaler AfD Politiker am „Offenen Mikrofon“ gesprochen. Er bekam zwar etwas weniger Applaus als die zuvor geäußerten Verschwörungsmythen, aber immer noch von der Mehrheit der Teilnehmenden. Darüber hinaus gibt es vereinzelte Rechtsextreme unter den Besucher*innen. Versuche, „Wir sind das Volk“-Rufe zu etablieren, sind bisher gescheitert. Es gab zwar Ansagen von den Veranstalter*innen, dass man sich von rechts abgrenze, aber daraus folgten keine Taten, Teilnehmende mit Reichsfahnen oder antisemitischen Shirts werden toleriert.

Auch wenn zahlenmäßig, die Leute zu überwiegen scheinen, denen es um die Sorge geht, dass die Coronakrise genutzt wird, um Grundrecht und Datenschutz auszuhebeln, trifft sich bei den Versammlungen eine krude Mischung an Leuten aus alternativem und bürgerlichem Spektrum mit rechtem Klientel.

Aktuell lassen sich Versuche erster Sammlungsbewegungen, etwa die sich selbst als Partei darstellende Initiative „Widerstand 2020“ oder die „Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand“, erkennen – aber auch Distanzierungen etwa durch die AfD und Vorwürfe von

[1] Vgl. u. a.: https://www.br.de/nachrichten/kultur/widerstand-2020-was-radikale-verschwoerungstheoretiker-eint,RyBeY3q

Vereinnahmung der „Bewegung“. Hier wird zu beobachten sein, wie die gesellschaftliche Debatte und die Entwicklung dieser Bewegung sich gegenseitig bedingen werden.

Die Veranstaltungen entwickeln sich immer deutlicher zu einer Plattform für verschiedene reaktionäre, anti-demokratische bis extrem rechte Spektren. Wiederholt nahmen bekannte Protagonist*innen selbsternannter „Alternativmedien“ und aus dem Umfeld rechtsoffener „Patriotischer Plattformen“, Montagsmahnwachen oder völkischer Gruppierungen[2], wie der Pegida-Bewegung, der Ein-Prozent-Bewegung, der Identitären Bewegung, etc. teil oder waren in tragender Rolle an der Organisation der Protestaktionen beteiligt. Durch die Anwesenheit gewaltaffiner extrem rechter Akteur*innen geht zudem eine körperliche Gefahr für Beobachter*innen und Gegendemonstrant*innen aus, wie diverse Übergriffe zeigen.[3] Ein großes Risiko geht insbesondere dann von dieser Szene aus, wenn ein sogenannter Tag X propagiert wird, an dem ein Teil dieser Akteur*innen zu Waffen greifen und einen Krisenmoment für einen gewaltsamen Umsturz nutzen soll. Punktuell lassen sich gerade in den letzten Tagen Übergriffe am Rande von Kundgebungen beobachten, die auf das gewalttätige Potential und sich entwickelnde Feindbilder schließen lassen.

Die von der Mobilen Beratung begleiteten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen stehen im Kontext der infektionsschutzbedingten Auflagen aktuell vor der Herausforderung, verantwortungsvolle Protestaktionen gegen verschwörungstheoretische und rechtsoffene Corona-Proteste zu organisieren.

2. Die AfD hat bisher keine konsistente Position zur Frage des Umgangs mit der Pandemie entwickeln können, versucht aber zunehmend mit Kritik am Regierungshandeln von den Protesten zu profitieren und ihre Kernthemen zu platzieren.

Die AfD und die mit ihr personell und organisatorisch eng verbundene extrem rechte Identitäre Bewegung und die Ein-Prozent-Bewegung bedienen vor allem das Narrativ des starken und handlungsfähigen Nationalstaats. So sagte der Thüringer AfD-Vorsitzende, Björn Höcke, im Podcast „Lagebesprechung“ zur Corona-Pandemie der Ein-Prozent-Bewegung: „Der Nationalstaat steht vor einer großen Renaissance.“ Die derzeitige Krise habe gezeigt, dass „nur der Nationalstaat“ der Ort von Demokratie und Solidarität sowie der Ort des Schutzes durch eine größere Gemeinschaft sei. Die AfD erhofft sich von der Corona-Krise den „Durchbruch eines sehr vitalen Patriotismus“. Die Globalisierung und die weltweite Vernetzung der Wirtschaft seien schuld, wenn die deutsche Wirtschaft und der Wohlstand nach der Krise zusammenbrächen. Darüber will man die Bevölkerung aufklären. Darüber hinaus sei deutlich geworden, dass die EU völlig handlungsunfähig ist und ein überflüssiges Konstrukt sei.[4]

Ein weiteres immer wiederkehrendes Narrativ in den Äußerungen der AfD-Vertreter*innen dreht sich um die Frage der Grenzschließung, welche nun angesichts der Corona-Krise geschlossen worden sei, 2015 jedoch nicht. Zunehmend greifen Verbände und Vertreter*innen der Partei die Einschränkungen und Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen an,

---

[2] Vgl. u. a.: https://www.mbr-berlin.de/aktuelles/aktualisiert-einschaetzung-der-mbr-zu-den-rechtsoffenen-versammlungen-am-rosa-luxemburg-platz-am-1-2-mai-2020/?back=%2Faktuelles-news%2F%3Flang%3Dde&lang=de

[3] Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (13.5.2020): Beitrag zur bundesweiten Situationsbeschreibung des BMB zum Thema: Anstieg von Anfeindungen während der Corona-Pandemie, S. 1

[4] Vgl.: Politik in der Corona-Krise – Björn Höcke im Gespräch, 3.4.2020, 17:04; im Internet unter: https://podcast.einprozent.de/archiv/

fordern ein sofortiges Ende des Lockdowns und beziehen sich dabei teilweise in grob vereinfachter Darstellung auf Teilergebnisse von Studien, aus dem Zusammenhang gerissene Äußerungen von Virolog*innen und immer wieder auf das „geleakte“ Papier eines Mitarbeiters des Bundesinnenministerium[5], das als Beleg für die aus Sicht der AfD nicht verhältnismäßigen Maßnahmen („Fehlalarm“) angeführt wird.

Insbesondere die dem Flügel zuzurechnenden Parteivertreter*innen wirken als Scharnier in die oben beschriebenen Spektren der extremen Rechten, in dem sie die Gefahr durch Covid 19 herunterspielen oder sogar komplett leugnen, von „Corona-Knechtschaft“, mit Bezug auf die Maskenpflicht von „Merkel-Maulkorb“ sprechen und die teils antisemitischen Verschwörungsideologien vor allem mit Bezug auf Bill Gates und seine Stiftung verbreiten.

Einschätzung der Mobilen Beratung zur Radikalisierung der sächsischen Corona-Proteste:

Der öffentliche Protest gegen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemieeindämmung begann Anfang April mit zwei offenen Briefen einiger Zittauer Bürger*innen. Bereits hier erinnerten Wortwahl („Wir sind das Volk“) und Bezugnahme zur politischen Wende 1989 an die Pegida-Bewegung. In den folgenden 14 Tagen nahmen die Proteste deutlich Fahrt auf. Jetzt erinnern nicht nur Städtenamen wie z.B. Heidenau, Freital oder Pirna an die Proteste gegen die Aufnahme geflüchteter Menschen 2015. Ähnlich 2015 werden die Proteste von extrem Rechten Akteur*innen initiiert oder instrumentalisiert. Die Protestierenden sehen sich erneut als Opfer einer verfehlten Regierungspolitik zum Nachteil der Bürger*innen und verbreiten „alternative Fakten“ und Verschwörungsmythen. In einigen Orten, z.B. bei den Protesten entlang der B96 in der sächsischen Oberlausitz, werden neonazistische und nationalistische Symbole (Reichkriegsflaggen, Hitlergruß) und von PEGIDA-Demonstrationen bekannte Plakate gezeigt.

Bei den in Pirna stattfindenden sogenannten „Spaziergängen für Grundrechte“ ist ein Großteil der Teilnehmenden von den „asylkritischen“ Protesten 2015 ff. und anderen extrem rechten Aktivitäten bekannt: es nehmen Vertreter*innen von Pro Patria Pirna, der AfD, der „Heidenauer Wellenlänge“, der NPD und noch immer aktive Protagonist*innen der verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz teil. Am 6.5. meldet der Pirnaer AfD-Stadtratsabgeordnete Tim Lochner die Demonstration an. 250 Menschen folgen dem Aufruf, unter ihnen der sächsische AfD-Generalsekretär Jan Zwerg und weitere AfD-Vertreter*innen. Bereits am 22. April zeigen sich erste Konflikte zwischen der anmeldenden AfD und gewaltbereiten Aktivitäten teilnehmender Neonazis. Sichtbar werden diese unterschiedlichen Vorgehensweisen bei Debatten in Sozialen Medien. Gegenüber dem auf eine Mäßigung der Proteste bedachten AfD-Establishment forcieren neonazistische Kräfte und Vertreter*innen der extrem rechten AfD-Parteiplattform *„Flügel“* die Konfrontation mit Polizei und Versammlungsbehörde. Diese Situation verschärft sich. Es kommt, wie am 13. 5. 2020, zu Rangeleien und tätlichen Angriffen auf Polizeibeamt*innen und Journalist*innen. Es steht zu befürchten, dass sich solche Radikalisierungstendenzen auch in anderen Orten Sachsens verschärfen, je mehr Proteste von extrem rechten Akteur*innen dominiert werden.

3. Neonazistische Akteur*innen versuchen am Protest teilzunehmen, wirken aber vor allem in die eigene Gefolgschaft und bieten sich als „Kümmerer“ an

Insgesamt erscheint die extreme Rechte unschlüssig über die Einschätzung von Corona. Während ein Teil der Akteur*innen Corona und die Folgen verharmlost und leugnet, nimmt ein anderer die Ängste und Folgen von Covid 19 ernst und betont vermeintliche Versäumnisse der Regierung und nationalistische Bewältigungsstrategien. Klassische neonazistische Akteur*innen und Parteien wie der III. Weg, die NPD oder die Rechte versuchen wie schon im Rahmen anderer gesellschaftlicher Debatten, sich als „Kümmerer“ für Deutsche zu inszenieren und bieten Einkaufshilfe oder andere Dienstleistungen[6] an. Sie versuchen zudem, mit ihrer Propaganda auch über ihre eigenen Kanäle hinaus Menschen zu erreichen, was aus bundesweiter Perspektive aber bisher kaum gelingt. Ihre Beteiligung an den Protesten und vor allem ihre starke Präsenz in den Sozialen Medien, die starke

[5] Vgl.: https://www.morgenpost.de/politik/article229115342/Corona-ein-Fehlalarm-Wirbel-um-Seehofer-Mitarbeiter.html

[6] Vgl.: Kurzeinschätzung des Kulturbüro Sachsen e.V. zu den Aktivitäten rechter Gruppierungen im Corona-Kontext in Sachsen vom 5.5.2020 sowie Lageeinschätzung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Bayern vom 13.5.2020

Vernetzung und das Knowhow hinsichtlich der Organisation von Protest stellen allerdings eine große Herausforderung für die demokratische Zivilgesellschaft dar (s.u.). Die Gewaltbereitschaft dieser Spektren ist zudem schon jetzt am Rande der Kundgebungen zu sehen, hier wird die Entwicklung zu beobachten sein. Die klandestine Vernetzung v.a. über Telegram-Gruppen birgt zudem die Gefahr der Ausbildung weiterer rechtsterroristischer Netzwerke und darüber hinaus der Radikalisierung vorgeblicher Einzeltäter, die über die Imageboards u.a. vernetzt und an die Diskurse angebunden sind.

4. Ein Bindeglied zwischen den verschiedenen Spektren des Protests mit breiter Anknüpfungsfähigkeit bilden antisemitische Bilder und Verschwörungsideologien

Vordergründig richtet sich der Protest gegen Impfzwang, Maskenpflicht, Versammlungsverbot, die Pharmaindustrie und staatliche Digital-Überwachung. Eigentlich aber erkennen die sich aus unterschiedlichsten Spektren rekrutierenden Gruppen einen Verrat am Grundgesetz und rufen zum Kampf gegen korrumpierte, „erpresserische Strukturen“ auf. Wie schon zu Beginn der bundesweiten PEGIDA-Bewegung beziehen sich die Protagonist*innen auf das in Art. 5 GG festgehaltene Grundrecht auf Meinungsfreiheit sowie insbesondere auf das in Art. 20 GG garantierte Widerstandsrecht von Bürger*innen gegen eine imaginierte Beseitigung der demokratischen Grundordnung. Der vermeintliche Bezug auf das Grundgesetz wird darüber hinaus mit gängigen Verschwörungsfantasien verknüpft, wie z.B. der Annahme, die WHO sei korrupt und ein „Verein der Pharmaindustrie“[7]. Dazu kommt das in verschwörungsideologischen Kreisen weit verbreitete sekundär antisemitische Narrativ, einflussreiche Personen kontrollierten die Welt mit dem Ziel, die Menschen zu beherrschen und zu versklaven (unter dem Stichwort New World Order (NWO) werden aktuell immer wieder Bill Gates und George Soros benannt).[8] Spektrenübergreifend beziehen sich die Protagonist*innen auf antisemitische Narrative wie die Idee einer Weltverschwörung, in der Regierungen und Parlamente als Marionetten nicht näher benannter, mächtiger „Strippenzieher“ erscheinen. Sie warnen vor der angeblichen Etablierung einer „New World Order“ und fragen danach, wer durch die Krise verdient. Damit einher geht eine massive Etablierten- und Wissenschaftsfeindlichkeit, die ebenso häufig antisemitisch konnotiert ist. Immer häufiger werden in der die Proteste begleitenden medialen Verwertung über Youtube-Videos und „alternative Medien“ geschichtsrevisionistische Thesen vertreten und die aktuelle Situation mit historischen Daten wie 1933 und 1989 gleichgesetzt, indem man sich selbst zu Opfern einer totalitären Staatsmacht stilisiert, um das imaginierte Widerstandsrecht zu legitimieren.[9]

Damit steigt die Gefährdung von als jüdisch wahrgenommenen oder tatsächlich jüdischen Menschen und Einrichtungen in Deutschland, zudem geraten zunehmend Wissenschaftler*innen und Journalist*innen in den Fokus der in Teilen gewaltbereiten Szenen.

---

7 Vgl. u. a.: https://www.mbr-koeln.de/2020/05/05/spazieren-mit-dem-grundgesetz-und-rechte-kundgebungen-am-01-mai/#more-6844

8 Ebd.

9 Die These einer Analogie zwischen den Eindämmungsmaßnahmen gegenüber der Corona-Pandemie und der NS-Diktatur war bereits Ende März von führenden Protagonisten dieser verschwörungsideologischen Szene in Videos aufgegriffen worden, die teilweise über 800.000 mal aufgerufen wurden. Auch andere YouTube-Videos von den „Hygiene-Demos“ haben sehr hohe Aufrufzahlen. Vgl. dazu auch: https://www.flickr.com/photos/156669795@N08/49821313507/in/album-72157714048862452/; https://democ.de/verschwoerungstheorien-und-ns-relativierung-bei-anti-corona-querfront-in-berlin/

5. Die in den Protesten auf der Straße und in Sozialen Medien geäußerten Behauptungen und Forderungen sind anknüpfungsfähig und reichen weit über (extrem) rechte Milieus hinaus – dabei werden zentrale extrem rechte und antidemokratische Topoi zunehmend reproduziert, bleiben unwidersprochen und werden übernommen

In der aktuellen emotional geführten Debatte um Maßnahmen und Lockerungen, aber auch um die grundsätzliche Einschätzung der Gefährlichkeit der Pandemie und der gesundheitlichen Folgen sind die durch den Protest auf die Straße und in die sozialen Netzwerke getragenen Narrationen und Forderungen breit anknüpfungsfähig und reichen weit über extrem rechte Milieus hinaus. Das zeigt der Zulauf sowohl der Proteste wie auch der sich damit beschäftigenden „alternativen" Medien und Diskussionen in Sozialen Medien. Die Mobilen Beratungsteams registrieren zudem einen Anstieg an Beratungsanfragen zu Verschwörungsmythen bei Verwandten und Bezugspersonen sowie ein erhöhtes Bedürfnis an Hintergrundinformationen zu den jeweils regional aktiven Gruppen und Kundgebungen.

Breit geteilt auch außerhalb extrem rechter „Filterblasen" werden nunmehr zentrale extrem rechte und anti-demokratische Topoi, die die legitime und demokratisch notwendige Debatte über Verhältnismäßigkeit der Einschränkungen überformen. Dazu gehört unter anderem der gerade in den letzten Jahren durch die AfD massiv angeschobene Diskurs um eine angebliche Einschränkung der Meinungsfreiheit, mit dem eigentlich eine gewünscht Widerspruchsfreiheit gemeint ist. Darüber hinaus werden neben den strukturell antisemitischen Verschwörungsmythen (s.o.) weiterhin eine angeblich gleichgeschaltete „Mainstreampresse" konstruiert, die v.a. durch die öffentlich-rechtlichen Sender („GEZ") repräsentiert sei, und eine grundsätzliche Ablehnung von demokratischer Gewaltenteilung und Minderheitenschutz, die vordergründig in der paradoxen Forderung nach „mehr Demokratie" gipfelt. Diese Versatzstücke werden, das zeigen sowohl die aktuellen Beratungsanfragen wie auch die bis heute mögliche Auswertung der Proteste, von maßgeblichen Teilen der sehr heterogenen Protestteilnehmenden aufgenommen, vertreten und weiter gegeben.

Die bloße Forderung, man solle sich im Protest nicht mit Extremist*innen gemein machen, greift daher zu kurz und wiederholt Fehleinschätzungen hinsichtlich der asylfeindlichen Proteste in den Jahren ab 2015. Extrem rechte Akteur*innen kapern nicht die Proteste, sie bauen vielmehr auf einer teils seit Jahren etablierten Vernetzung auf und sind vielerorts wichtiger Organisationsbestandteil. Ihre Topoi werden zunehmend auch von denjenigen vertreten und weiter gegeben, die bisher nicht Teil extrem rechter Szenen waren und aktuell ihre Unzufriedenheit über das Krisenmanagement und ihre Befürchtungen artikulieren.

Die Präsenz extrem rechter Akteur*innen, vor allem aber die anknüpfungsfähigen Ideologiefragmente und Narrationen bergen somit die Gefahr einer Hegemonie im Diskurs derjenigen gesellschaftlichen Milieus, die unzufrieden sind mit den Maßnahmen der Landes- und Bundesregierungen. Dabei spielen auch die mediale Präsenz von Menschen, die eine Scharnierfunktion zwischen extrem rechten und für entsprechende Deutungen offene Menschen innehaben, eine große Rolle.

6. Soziale Medien, rechte „Alternativmedien“ und öffentliche Personen spielen für die Verbreitung der Narrationen und die Organisation der Straßenproteste eine große Rolle

Die Corona-Pandemie führt zu einer gesamtgesellschaftlichen Beschleunigung der Digitalisierung, die auch in extrem rechten Milieus zu beobachten ist. Extrem rechte Gruppierungen nutzten digitale Resonanzräume bereits vor der Pandemie verstärkt zur Verbreitung ihrer Ideologien und für ihre Vernetzung. Dieser Trend hat im Zuge der Pandemie weiter zugenommen. Aktivitäten und Absprachen sind aktuell noch stärker in den digitalen Raum verlegt. Detaillierte Einblicke in diese digitalen Räume sind bisher eher gering.

Insbesondere in sozialen Netzwerken und schwer zugänglichen Chatrooms werden rassistisch und antisemitisch konnotierte Verschwörungsmythen als ideologische Anknüpfungspunkte für empfängliche Bevölkerungsteile genutzt, als asiatisch gelesene Menschen als Zielgruppen markiert und zu Gewalt gegenüber Minderheiten und staatlichen Behörden aufgerufen. Studien zeigten wiederholt, dass virtuell propagierte Diskriminierung und Gewalt zu einer verstärkten Radikalisierung in digitalen Echokammern führt, in denen menschenrechtsorientierte Narrative und Positionen nahezu ausgelöscht sind und ein ordnungspolitisches Korrektiv fehlt.[10]

Eine zentrale Rolle in der Vernetzung der unterschiedlichen Akteur*innen spielen schon vor der Corona-Krise aktive Personen und Zusammenhänge wie etwa der Verschwörungsideologe Ken Jebsen, der mit seinem reichweitenstarken Youtube-Kanal KenFM für viele Protestierende eine feste Bezugsgröße ist, aber auch Onlinemedien mit Scharnierfunktion wie „Tichys Einblick“ oder die ehemalige Fernsehmoderatorin Eva Herman, die über ihren Telegram-Kanal über 100.00 Menschen mit antisemitischen Verschwörungsmythen versorgt.

In den letzten Wochen haben zudem immer wieder, teils mit großer öffentlicher Wirkung, öffentliche Personen Bezug auf die Proteste und Narrative genommen. Durch Anspielungen

Einschätzungen der Mobilen Beratung in Münster zur Bedeutung von Sozialen Medien

In Münster demonstrieren seit Ende April zunehmend Menschen gegen die Corona-Politik und organisieren sich dazu über Messenger-Dienste. Dabei spielen bekannte extrem rechte Akteur*innen oder die AfD bisher keine zentrale Rolle. Vielmehr haben sich bisher nicht in Erscheinung getretene Personen unterschiedlicher Spektren, darunter viele Impfgegner*innen, Vertreter*innen alternativer Heilkunde und Esoterik sowie Personen aus dem Umfeld der Chemtrailgegner*innen, sehr schnell zusammengefunden. Neben wöchentlichen Meditationen und Kundgebungen mit aktuell gut 100 Teilnehmenden in der Innenstadt läuft die Vernetzung und mediale Verwertung über Onlinekanäle wie Telegram und Youtube. In einem mit den Protesten assoziierten Telegram-Kanal mit gut 200 Mitgliedern werden zunehmend verschwörungsideologische Inhalte und Beiträge aus dem Reichsbürger-Spektrum geteilt, bei denen immer wieder auf strukturelle antisemitische Bilder wie die „NWO“ oder „dunkle Mächte im Hintergrund“ Bezug genommen wird. Zudem werden Redakteure eines lokalen Blogs, die kritisch über die Proteste berichten, persönlich als „Hetzer“ und „Faschist“ angegriffen und geäußert es sei „Karma, […] wenn man dem eine reinhaut“.

Maßgeblicher Multiplikator für die Demonstrationsinhalte ist ein Youtuber, der bisher mit Hiphop-Workshops für Schulen und Digitalisierungs-Vorträgen für Unternehmen präsent war. Er propagiert einen gewaltlosen Widerstand durch Meditation, bedient aber gleichzeitig die Klaviatur extrem rechter Narrationen – von durch den Mainstream unterdrückter Meinungsfreiheit über NS-verharmlosende Vergleiche bis zu strukturell antisemitischen Verschwörungsmythen und der Bezeichnung von Bill Gates als Satan bis zur Diffamierung kritischer Berichte als „Fake-News“.

[10] Vgl. u. A.: Nicola Döring und M. Rohangis Mohseni (2020): Digitale interpersonale Gewalt und Aggression - Forschungsstand und medienpädagogische Herausforderungen; In: „Wie analog ist digitale Gewalt?“ Medien und Er-ziehung. Zeitschrift für Medienpädagogik Jg. 64/2020, S. 14ff.

auf „die da oben“ und nicht näher benannte Verschwörungsmythen[11] oder durch explizite Aufforderungen zum Protest[12] tragen gerade Prominente, Youtuber*innen und Influencer*innen[13] zur Verbreitung und Legitimation der entsprechenden Erzählungen bei. Zentrale Figuren, auf die sich die unterschiedlichsten Milieus berufen, sind darüber hinaus Mediziner*innen wie der Initiator von „Widerstand 2020“, Bodo Schiffmann[14] oder der Politiker Wolfgang Wodarg[15]. Ihre Thesen, aber auch andere Falschdarstellungen über Wirkung, Herkunft und mögliche Behandlung des Virus finden über Messenger-Kettenbriefe und Facebook-Posts dann Eingang in die Alltagskommunikation vieler Bundesbürger*innen[16].

Die Mobilen Beratungsteams gehen davon aus, dass konspirative Verabredungen in Online-Gruppen, wie z.B. über die Messenger-Dienste Telegram, Threema oder WhatsApp, weiter zunehmen werden. Beachtenswert sind dabei insbesondere extrem rechte Chat-Gruppen innerhalb des Social-Media-Anbieters VK-Netzwerk oder innerhalb von Gaming-Plattformen wie Discord oder Steam. Ebenso gefährlich und bereits vor der Corona-Krise populär für extrem rechte und menschenverachtende Propaganda sind die Imageboards von 4can und 8chan/8kun, über die sich bereits die Attentäter von Halle und Christchurch radikalisierten.

7. Der in den Protesten vertretene Demokratiebegriff ist tendenziell ausgrenzend, auf den Nationalstaat bezogen und richtet sich gegen die Gewaltenteilung.

Die Proteste berufen sich vordergründig vor allem auf demokratischen Widerstand gegen die staatlich autoritären Einschränkungen der Grundrechte durch die Corona-Maßnahmen. Dieser Bezug einer selbsternannten Opposition auf demokratische Rechte fordert all jede heraus, die für einen menschenrechtsorientierten und pluralen Demokratiebegriff eintreten. Eine auch öffentliche Abgrenzung ist daher notwendig und bisher noch zu wenig präsent. Die unterschiedlichen Spektren des Protests vereint ein völkischer Begriff von Demokratie, der sich vor allem auf den Nationalstaat und ein aus dieser Sicht privilegiertes und angestammtes Volk bezieht sowie Minderheitenrechte und deren Schutz negiert. Zentral ist dabei i.d.R. die Forderung nach mehr direkter Demokratie, die im Kern aber einen Angriff auf demokratische Institutionen und die Gewaltenteilung darstellt. Diese Kernbestandteile eines tendenziell nationalistischen und ausgrenzenden Demokratiebegriffs sind nicht neu, sondern werden schon lange durch extrem rechte Akteur*innen und in den letzten Jahren vor allem durch die AfD propagiert.

[11] Vgl. https://www.fr.de/meinung/sido-rapper-verschwoerung-kinderblut-xavier-naidoo-video-ali-therapie-13759812.html

[12] Vgl. https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/vom-koch-zum-verschwoerungstheoretiker-attila-hildmann-zieht-bewaffnet-in-den-untergrund/25798088.html

[13] Vgl. https://www.rnd.de/promis/ardy-und-luna-darko-bekannte-youtuber-verbreiten-verschworungstheorien-QOASQNS4DFBXZHY7KPKGIUIVT4.html

[14] https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2020/05/15/rechtsstaat-ende-juristen-corona-massnahmen

[15] Vgl. https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/coronavirus-die-gefaehrlichen-falschinformationen-des-wolfgang-wodarg-a-f74bc73b-aac5-469e-a4e4-2ebe7aa6c270

[16] Vgl. https://www.uni-muenster.de/news/view.php?cmdid=10928

8. In den Protesten und dem sie grundierenden Diskurs werden Gruppen konstruiert und als Virusträger*innen stigmatisiert. Die so geschürte, rassistische und antisemitische konnotierte Stimmung bedroht schon jetzt Menschen und kann den Boden bereiten für weitere Übergriffe und Gewalttaten

Zu Beginn der Pandemie bzw. nach den ersten bekannten Fällen in Deutschland wurden vor allem als asiatisch gelesene Menschen Opfer von Übergriffen und Bedrohungen, die bis heute anhalten und aufgrund aktuell nur bedingt erreichbaren Beratungs- und Unterstützungsnetzwerken für die Betroffenen massive Probleme verursachen[17].

Beobachtungen zu Anfeindungen gegen asiatisch gelesene Menschen in Hamburg:

Im Zuge der Corona-Pandemie kam es zu einer Reihe von Feindseligkeiten gegenüber BIPoC und speziell von asiatisch gelesenen Menschen, deren Spitze eine Reihe von Drohbriefen an PoC-Ladenbesitzer*innen darstellen, in denen vermeintlich Corona-kontaminierte Inhalte versendet wurden.

Exemplarisch dafür steht der Angriff auf eine Gedenktafel im Stadtteil St. Pauli, bei dem das auf der Tafel abgebildete Gesicht des aus China stammenden Heizers Woo Lie Kien bis zur Unkenntlichkeit verdreckt wurde. Der Gedenkort wurde zur Erinnerung an die von der Gestapo als durchgeführten Verhaftungs- und Gewaltwelle auf St. Pauli gegen asiatisch gelesene Menschen im Mai 1944 errichtet. In Folge dieser rassistischen Gewalt- und Verhaftungswelle verloren eine Reihe der Inhaftierten das Leben.

Die Coronaspezifik dieser Tat erschließt sich aus der oben beschriebenen allgemein hohen Feindseligkeit gegenüber asiatisch gelesenen Menschen, sowie dem Umstand, dass dieser Gedenkort bisher kaum umstritten war oder gar beschädigt wurde. Der in dieser Tat zum Ausdruck kommende Rassismus besteht in der Parallelität, mit der die während der NS-Diktatur in Hamburg rassistisch markierten, verfolgten und ermordeten Chinesischen Hafenarbeiter*innen mit dieser Tat erneut aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein und der Erinnerung getilgt werden sollten.

Im Verlauf der letzten Wochen lässt sich beobachten, dass es je nach Lage vor Ort zu unterschiedlichen Konstruktionen von Feindbildern kommen kann und entsprechende Gruppen als „Virusträger“ stigmatisiert oder sogar bedroht werden. Dies betrifft in NRW etwa südosteuropäische Arbeitsmigrant*innen, die in der Fleischindustrie oder als Erntehelfer*innen arbeiten, an der deutsch-französischen Grenzen Menschen die als Französ*innen wahrgenommen werden. Zudem geraten durch die Zuspitzung des Diskurses und die Verbreitung von Verschwörungsideologien zunehmend auch Jüd*innen in den Fokus von Bedrohungen. Die Narration der notwendigen (und 2015 nicht erfolgten) Grenzschließung stigmatisiert zudem wiederum Geflüchtete und als Muslim*innen gelesene Menschen. Zuletzt sind vermehrt Journalist*innen und Wissenschaftlicher*innen zum Ziel von Angriffen und Bedrohungen geworden.

Diese Gruppen sind unterschiedlich von Drohungen und Angriffen betroffen, vor allem haben sie nicht alle gleichen Zugang zu Hilfe, Beratung und Unterstützung. Dies wird im weiteren Verlauf der Krise zu beobachten sein, um notwendige Maßnahmen zu entwickeln und die ohnehin von Rassismus Betroffenen nicht allein zu lassen.

9. Der Mangel an Möglichkeiten zu demokratischer Partizipation und Protest sowie die Schwäche der demokratischen Zivilgesellschaft im Netz stärken extrem rechte Hegemoniebestrebungen

Damit wächst einerseits die Gefährdung von als Feind markierten Gruppen in der analogen Welt. Andererseits wächst durch eine ideologische Verfestigung extremen rechter Narrative

[17] Vgl. https://www.belltower.news/dokumentation-corona-rassismus-97895/ oder https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/deutschland-coronavirus-keine-rechtfertigung-fuer-rassismus

und Akteur*innen innerhalb der Bürger*innengesellschaft deren Deutungshoheit zu Ursachen und Bewältigungsstrategien im Zuge möglicher Folgekrisen, wie sozialökonomische Verwerfungen, eine Verwaltungs- und Handlungskrise der Europäischen Union und anderer supranationaler Organisationen, wie UNO oder WHO. Besonders die im Zuge der europäischen Krisenbewältigung bereits sichtbaren nationalistischen Tendenzen bieten eine hohe Anschlussfähigkeit für extrem rechte Narrative im gesamtgesellschaftlichen Diskurs. Eine nationalistische Ablehnung der EU sowie eine pauschale Globalisierungskritik würden in einer in Folge des Corona-Lockdown drohenden Weltwirtschaftskrise verstärkt. Besonders die AfD bereitet sich bereits jetzt darauf vor, die sozioökonomische Bewältigung der Pandemiefolgen mit solchen nationalistischen Politikangeboten zu begleiten.

Extrem rechte Protagonist*innen fungieren aufgrund ihres hohen Organisations- und Vernetzungsgrades und mangels klassischer Öffentlichkeit für Protestkundgebungen in Corona-Zeiten bei aktuellen Kundgebungen als Scharnier zur Öffentlichkeit. Sie prägen durch ihre verschwörungstheoretischen Aussagen und die Ausstrahlung der Videos auf entsprechenden Medien die Außenwirkung der Versammlung in erheblichem Maß. Ihre Selbstinszenierung als „demokratische Opposition“ und einzige Kritiker*innen der aktuellen Einschränkungen demokratischer Grundrechte hat unter der aktuellen gesellschaftspolitischen Ausnahmesituation ein nicht geringes Mobilisierungspotential, das das übliche Zielpublikum der Rechtsextremen weit übersteigt. Durch die aktive Präsenz sowie die reichweitenstarke Vor- und Nachbereitung von Rechtsextremen und Verschwörungsideolog*innen im Internet könnten diese mehr und mehr zum inhaltlichen, aber auch zum organisatorischen Dreh- und Angelpunkt dieser Veranstaltungen werden. Somit besteht die Gefahr, dass sie zumindest kurz- und mittelfristig politisch von ihnen profitieren.